

Frau Pech-Büttner zieht ihren Antrag zurück.

Herr Ebbinghaus zieht den Antrag, die Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende betreffend, zurück. Stattdessen legt er dem Rat einen Antrag über die Anzweiflung der Verfassungsmäßigkeit der Änderung des § 46 GO als Tischvorlage vor.

Herr Ebbinghaus erläutert die beiden Anträge der AL-Fraktion. Er ist der Meinung, dass die Gesetzesänderung keine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung zur Folge hat. Es wird in das Haushaltsrecht der Gemeinde unmittelbar eingegriffen und Ausnahmen werden nur in geringem Umfang zugelassen. Zum einen können die Ratsmitglieder mit der Resolution dem Landtag NRW eine Rückmeldung geben und zum anderen beantragt er, dass der Rat, bis die Rechtmäßigkeit dieser Gemeindeordnungsänderung festgestellt worden ist, diese Änderung außer Kraft setzt.

Herr Stark betont, dass es lebensfremd ist, dass eine Kleinstadt ein frisch erlassenes Gesetz mit einem Resolutionsantrag anfecht und die Verfassungsmäßigkeit anzweifelt. Die SPD-Fraktion kann diese Resolution sowie den neuen Antrag nicht mittragen.

Herr Lorenz spricht sich gegen die Änderung aus und bittet darum, den § 10 Abs. 5 der Verwaltungsvorlage separat zur Abstimmung zu bringen.

Nach weiterer Diskussion beantragt Herr Barg Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 3 UWG, 3 Grüne, 1 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, Dr. Michalides, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (2 AL, Ullmann)

Zunächst wird über den Resolutionsantrag der AL-Fraktion abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald nimmt die Resolution an.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (2 AL, 1 FDP, Ullmann)
31 Nein-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 3 UWG, 3 Grüne, 2 pro Deutschland, 2 RUA, Bürgermeister)
1 Enthaltung (Dr. Michalides)

Somit ist die Resolution abgelehnt.

Anschließend wird über den neuen Antrag der AL-Fraktion abgestimmt.

Beschluss:

Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 21. Juli 2000 zur Zulässigkeit von Funktionszulagen zweifelt der Rat der Stadt Radevormwald die Verfassungsmäßigkeit der vom Landtag beschlossenen Änderung des § 46 GO an. Deshalb setzt er den Vollzug dieser Norm solange aus, bis die Verfassungskonformität zweifelsfrei feststeht.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (2 AL, 1 FDP, 2 RUA, Ullmann)
30 Nein-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 3 UWG, 3 Grüne, 2 pro Deutschland, Dr. Michalides, Bürgermeister)

Der Antrag ist abgelehnt.

Herr Dr. Michalides begründet seinen Antrag. Er hält es nicht für zielführend einen Ausschuss auszuschließen, da man so Ausschussvorsitzende erster und zweiter Klasse schafft. Konsequenter wäre es die Ausschüsse so zu gestalten, dass der Arbeitsaufwand ungefähr gleich ist. Daher sollte der Hauptausschuss die Arbeit des AEB mit übernehmen.

Herr Viebach antwortet als Ausschussvorsitzender des AEB. In der letzten Legislaturperiode hatte der Ausschuss eine andere Intensität, weshalb der Hauptausschuss entschieden hat, diesen Ausschuss beizubehalten. Allerdings ist er der Meinung, dass eine Aufwandsentschädigung für den Vorsitz dieses Ausschusses nicht gerechtfertigt ist, da der Arbeitsaufwand mit keinem anderen Ausschuss vergleichbar ist.

Es wird über den Antrag von Dr. Michalides abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen aufzulösen. Dessen Aufgaben werden zukünftig im Hauptausschuss behandelt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (Dr. Michalides)
33 Nein-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 3 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 1 FDP, 2 pro Deutschland, Ullmann, Bürgermeister)
2 Enthaltungen (2 RUA)

Der Antrag ist abgelehnt.

Es folgt die gesplittete Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die vorliegende Änderung der § 8 Abs. 6 und § 10 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Radevormwald.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung (Ullmann)

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die vorliegende Änderung des § 10 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Radevormwald.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 3 UWG, 3 Grüne, 2 pro Deutschland, Bürgermeister)
7 Nein-Stimmen (2 AL, 1 FDP, 2 RUA, Dr. Michalides, Ullmann)